



## Pressespiegel zur Asylpolitik vom 17.08.2016

Erstellt von Mark Gärtner  
gaertner@sprev.de

### An Geschehenes – Kurzmeldungen:

#### *Blick nach Europa und die Welt*

- Im norditalienischen Ort Como warten etwa 500 Fliehende darauf, weiter Richtung Norden über die schweizerische Grenze gehen zu können. Der Leiter der hiesigen Caritas schätzt, dass 40% von ihnen minderjährig sind. Am Mailänder Hauptbahnhof lagern 3.300 Fliehende.  
<http://www.fr-online.de/flucht-und-zuwanderung/norditalien-fluechtlinge-stranden-in-italien,24931854,34616858.html> (12.08.16)
- Die russische Regierung hat am Mittwoch vergangener Woche angekündigt, dass ihre vor Aleppo liegenden Truppen eine dreistündige Feuerpause pro Tag einlegen werden. Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Regierungssprecher Steffen Seibert kritisierten das Vorgehen nachdem sich Steinmeier mit seinem russischen Amtskollegen am Montag getroffen hatte. Es sei eine deutlich längere Feuerpause nötig, um die humanitäre Versorgung sicherstellen zu können. Dem Voraus ging ein Brief von 15 in Aleppo noch behandelnden Ärzt\*innen, gerichtet unter anderem an US-Präsident Barack Obama sowie an Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die Ärzt\*innen schreiben, sie müssten Entscheidungen zwischen Weiterleben oder Sterben lassen treffen. Hinsichtlich der Lebensmittelversorgung sprechen sie bereits jetzt davon, dass sich der Hunger ausbreite, die medizinische Versorgung sei so gut wie zum Erliegen gekommen. Obama wird aufgefordert, zu intervenieren.  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-aerzte-aus-aleppo-schreiben-brief-an-barack-obama-a-1107117.html> (11.08.16)  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/buergerkrieg-in-syrien-berlin-wirft-russland-zynismus-im-umgang-mit-aleppo-vor-1.3121554> (15.08.16)
- *The Guardian* veröffentlicht über 2.000 Berichte von sich auf den Pazifikinseln Manus und Nauru befindlichen Menschen. Die Berichte handeln von Vergewaltigungen, Selbstmorden und traumatisierten Kindern. Die Menschen hatten versucht, nach Australien zu fliehen. Die Regierung lässt die Fliehenden jedoch auf dem Pazifik abfangen und auf die Inseln bringen. Einige von ihnen sind bereits seit drei Jahren dort. In Australien finden die Berichte kaum Öffentlichkeit. Die australische Regierung sieht keinen Handlungsbedarf, akut auf den Inseln zu handeln und die Menschen umzusiedeln.  
Frauke Petry, Vorsitzende der AfD, und der österreichische Außenminister Sebastian Kurz fordern die Umsetzung genau dieser Politik auch in Europa.  
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-08/australische-fluechtlingspolitik-nauru-files-vereinte-nationen-kritik> (11.08.16)

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/frauke-petry-will-fluechtlinge-auf-inseln-abschieben-a-1107550.html> (13.08.16)

*Bund, Land, Kommune*

- Nach der Räumung des Regensburger Pfarrheims durch die Polizei befinden sich zwei Geflüchtete in Abschiebehaft. Der Bayerische Flüchtlingsrat hatte den Polizeieinsatz kritisiert, die 16 im Pfarrheim verbliebenen Geflüchteten hatten zuvor signalisiert, freiwillig das Grundstück verlassen zu wollen. Außerdem habe die Kirche den in ihren Herkunftsstaaten verfolgten Rom\*nja keine Möglichkeit eingeräumt, ihre Asylanträge noch einmal von Behörden prüfen zu lassen.  
<http://www.sueddeutsche.de/bayern/kirche-zwei-fluechtlinge-aus-regensburger-pfarrheim-sitzen-in-abschiebehaft-1.3114118> (09.08.16)
- Vergangene Woche wird ein Papier der Unions-Landesinnenminister öffentlich, die sogenannte „Berliner Erklärung“. Laut eigenem, konservativen Anspruch sollte vor dem Hintergrund von Terroranschlägen das staatliche Sicherheitskonzept überarbeitet beziehungsweise ausgeweitet werden, so zum Beispiel die Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen und in Verkehrsmitteln. Abschiebungen sollen konsequenter umgesetzt, Abschiebehindernisse also noch stärker ignoriert werden. Auch ein Verbot der Vollverschleierung oder die Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft, gefordert in einem Sicherheitskonzept, scheinen keinen Sinn zu ergeben. In Berlin und Mecklenburg-Vorpommern ist jedoch Wahlkampf. Die dortigen Innenminister Frank Henkel und Lorenz Caffier waren an dem Papier maßgeblich beteiligt. Die Bundes-CDU zeigt sich überrascht, das Papier soll mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière überarbeitet werden.

Auch dieser unterbreitete Vorschläge, teilweise gehen diese in die gleiche Richtung. Unter anderem möchte er, dass im Schnellverfahren über Abschiebungen entschieden werde sowie das Bleiberecht von Menschen entzogen wird, die bei der geplanten Abschiebung nicht anzutreffen waren. Außerdem plant de Maizière eine von den Medien so genannte „Duldung light“. Menschen, die aus seiner Sicht selber Abschiebehindernisse verursachen sollen lediglich das „unabweisbar Gebotene zur Sicherung des Lebensunterhalts“ erhalten. Dies würde vor allem Menschen ohne gültigen Pass betreffen. Trotz Arbeitsangeboten hätten viele von ihnen keine Arbeitserlaubnis von der Ausländerbehörde, leben also weiter von Sozialleistungen. Gleichzeitig werde von ihnen verlangt, gegen ihre Interessen einen Pass bei ihrer Botschaft zu beantragen, genau wissend, dass sie dann abgeschoben werden können. Ein anonym bleibender Berliner Rechtsanwalt nennt dies in der *taz* ein „schäbiges Spiel“.

Ein hohes Maß an Kritik erregte de Maizières Plan, die ärztliche Schweigepflicht aufzuweichen. Die Bundesärztekammer sowie die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie verweisen darauf, dass eine Behandlung psychisch Erkrankter auf Vertrauen basiere und Aggressionen in diesem Vertrauensverhältnis überhaupt erst erkannt und dann auch abgebaut werden könnten. Außerdem seien Gewalttaten und Terrorismus nie ausschließlich das Ergebnis von Erkrankungen. Auch soziale und individuelle Faktoren spielen eine Rolle.

Zur Erklärung der Landesinnenminister der Union:

<http://www.tagesspiegel.de/politik/anti-terror-kampf-wie-realistisch-ist-die-berliner-erklaerung-der-innenminister/13996228.html> (10.08.16)

<http://www.tagesspiegel.de/politik/burka-verbot-und-doppelpass-henkel-fast-allein-zu-haus/14016150.html> (16.08.16)

Zu de Maizières Plänen:

<http://www.sueddeutsche.de/politik/terrorbekaempfung-de-maizire-will-offenbar-aerztliche-schweigepflicht-aufweichen-1.3115282> (10.08.16)

<http://www.tagesspiegel.de/politik/de-maiziere-plan-zum-kampf-gegen-terror-aerzte-warnen-vor-debatte-um-schweigepflicht/13995594.html> (11.08.16)

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-08/thomas-de-maiziere-innere-sicherheit-terrorismus->

[polizei](#) (11.08.16)

<http://www.taz.de/!5324995/> (12.08.16)

- 13.324 Schutzsuchende wurden dieses Jahr bereits an deutschen Grenzen oder Flughäfen abgewiesen. Viele wurden bereits in einem anderen EU-Mitgliedsstaat registriert beziehungsweise haben dort Asyl beantragt. Andere sagen aus, sie möchten nach Schweden oder andere Länder weiterreisen, ein Durchreiserecht gäbe es aber nicht. Voraussetzung für die Zurückweisung ist demnach, dass die Fliehenden in der Vernehmung mit der Polizei nicht sagen, dass sie in Deutschland Schutz suchen und auch nicht vorhaben, einen Asylantrag zu stellen. ProAsyl kritisiert dieses Vorgehen als „Blackbox-Problematik“, niemand außer der Bundespolizei wisse, was in den Vernehmungen tatsächlich gesagt beziehungsweise nicht gesagt werde. An der deutsch-österreichischen Grenzen führen deutsche Polizist\*innen die Geflüchteten dann nach Österreich zurück wo ihnen vorläufige Haft droht. Diejenigen, die dort keinen Asylantrag stellen und nicht in Dublin-Staaten oder ihre Herkunftsländer abgeschoben werden können, werden geduldet.  
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-08/zurueckweisung-syrer-afghanen-aufenthaltstitel-fluechtlinge-abschiebung-asyl> (10.08.16)  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/raetsel-der-woche-was-geschieht-mit-abgewiesenen-an-der-grenze-1.3119534> (13.08.16)
- Die *Freie Presse* interviewt den Landrat Mittelsachsens Matthias Damm. Er sieht kein berechtigtes Interesse dafür, dass demokratisch gewählte Abgeordnete eine von ihm zu verantwortende Unterkunft besichtigen können – die vom Sächsischen Flüchtlingsrat kritisierte Unterbringung in Rossau – und hält ganz allgemein die Integration auch gar nicht für seine Aufgabe.  
<http://www.freiepresse.de/LOKALES/MITTELSACHSEN/FLOEHA/Ich-mache-nichts-bloss-weil-es-modern-ist-artikel9602828.php> (13.08.16)

## Hintergrund und Meinung

- Zehn bis 15 Menschen aus Tschechien die den Porajmos überlebten, den Völkermord an den europäischen Rom\*nja durch das nationalsozialistische Deutschland, erhalten eine noch zu beantragende Entschädigung von 2.500 € von der Bundesrepublik – ein preisgünstiges Verbrechen, kommentiert Daniel Kretschmar in der *taz*.  
<http://www.taz.de/!5329237/> (07.08.16)
- Andreas Glas bezeichnet in der *SZ* das Verhalten der Regensburger Kirche zwar als formal richtig, dennoch zeige die Räumung das harte Herz der Kirche und ihre Anpassung an die offizielle, bayerische Asylpolitik. Die Kirche habe eine Chance vertan, die rigide, bayerische Abschiebep Praxis vor allem in die Balkanländer zu hinterfragen und sich gegen die Diskriminierung von Rom\*nja zu positionieren.  
<http://www.sueddeutsche.de/bayern/fluechtlinge-die-kirche-zeigt-ihr-hartes-herz-1.3114121> (09.08.16)
- In der Dokumentation „Homs – Ein zerstörter Traum“ des Journalisten Talal Derki, ausgestrahlt vom *SWR*, wird eine Gruppe von jungen Männern von 2011 bis 2013 mit der Kamera begleitet. Sie kämpfen gegen das Regime von Bashar al Assad. Mit zunehmender Intensität des Kampfes um ihre Stadt verändern sich die Männer fundamental.  
<http://www.ardmediathek.de/tv/Dokumentarfilm/Homs-ein-zerst%C3%B6rter-Traum/SWR-Fernsehen/Video?bcastId=1105036&documentId=36779962> (Video, 28.07.16, verfügbar bis 31.08.16)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.  
Dammweg 5  
01097 Dresden  
E-Mail: [info@saechsischerfluechtlingsrat.de](mailto:info@saechsischerfluechtlingsrat.de)

Refugee Law Clinic Leipzig  
Burgstraße 27  
04109 Leipzig  
Email: [refugeelawclinic@uni-leipzig.de](mailto:refugeelawclinic@uni-leipzig.de)

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

**PRO ASYL**  
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 **UNO-Flüchtlingshilfe**